

## **ANTRAG**

**der Fraktion der AfD**

### **Zukunft der Werften sichern! Blaue Ozeane: Alternative Lösungen in die Fahrinne leiten**

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, die Werftengruppe MV Werften ist finanziell schwer angeschlagen. Der Mutterkonzern Genting Hongkong hat erklärt, keine weitere Liquidität zur Verfügung zu stellen und erwartet, dass der deutsche Steuerzahler das Unternehmen finanziell dennoch unterstützt. Der Bedarf an Kreuzfahrtschiff-Neubauten ist durch die internationale Corona-Krise für unbestimmte Zeit entfallen und eine Restrukturierung des Unternehmens Genting Hongkong ist unwahrscheinlich. Eine Fertigstellung der Global 1 ist nur sinnvoll, wenn ein solventer Käufer gefunden ist. Schiffe weiterzubauen, für die es keinen akuten Bedarf mehr gibt, bedeutet gutes Geld dem schlechten hinterherzuwerfen. Die Verwendung weiterer Landesmittel ohne vertraglich abgesicherte Kaufgarantie soll durch das Land abgewendet werden.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, neben den bereits laufenden Gesprächen zur Etablierung von Arbeitsplattformen für Windenergie, weitere Verwendungsmöglichkeiten für die drei Standorte der jetzigen MV Werften, insbesondere freistehende Kapazitäten am Standort Stralsund, zu prüfen und vermittelnd zwischen Unternehmen, potenziellen Geldgebern, Insolvenzverwaltung, Stadtverwaltungen und weiteren Akteuren tätig zu werden. Der Fokus soll dabei auf zwingend notwendige, aber bisher vernachlässigte Aufgaben der öffentlichen Hand zum Umweltschutz des Ostseeraumes gelegt werden. Dies betrifft insbesondere die Kampfmittelbergung und die Beseitigung von Plastik. Zur Unterstützung soll die Landesregierung ein Expertengremium einberufen, welches alle größeren, globalen und alle deutschen Schiffbauunternehmen, den RIC MAZA M-V e. V. und den Verband Schiffbau- und Meerestechnik (VSM) einlädt und beteiligt.

**Begründung:**

Der Schiffbau ist ein wichtiger industrieller Zweig des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Umso wichtiger ist es, insbesondere die Standorte, die derzeit noch zum Genting-Konzern gehören, zukunftssicher zu gestalten. Vorrangiges Ziel der Landespolitik muss es sein, möglichst viele Arbeitsplätze bei den Werften und bei den Unternehmen der Zulieferindustrie in der Region, zu sichern und das vorhandene Know-how zu erhalten. Deshalb ist das Engagement der Landespolitik zum Erhalt von Unternehmen und Arbeitsplätzen richtig, wichtig und sinnvoll.

Zukunftssicherheit bedeutet jedoch, dass die Werften und ihre Produkte dauerhaft auf dem internationalen Markt konkurrenzfähig und langfristig ohne staatliche Hilfen unternehmerisch erfolgreich werden. Deshalb darf es bei der Entwicklung von Zukunftsperspektiven für die MV Werften keine Denkverbote geben. Vom Bau von Spezialschiffen über Militärtechnik bis hin zu einem Forschungs- und Entwicklungszentrum als Leuchtturmprojekt müssen alle Möglichkeiten evaluiert werden.

Trotz beispielsweise der Forderung der IG Metall Küste bereits vom 2. Juli 2021 hatte es die Landesregierung bisher unterlassen, eine Arbeitsgruppe „Zukunftsperspektiven“ mit externem Sachverstand einzuberufen. Die Ignoranz der Landesregierung rächt sich leider bitter in der jetzigen Situation.

Der Landtag missbilligt in diesem Zusammenhang ausdrücklich, dass sich die derzeitige Landesregierung und ehemalige Mitglieder der Landesregierung öffentlich gegenseitig die Schuld für die jetzige Situation zuschieben. Die Verantwortung für finanzielle Unklarheiten trägt überdies die Ministerpräsidentin Manuela Schwesig, die mit ihrer Richtlinienkompetenz die Entscheidungen der Landesregierung maßgeblich beeinflusst hat. Eine konstruktive Lösung wird durch die Suche nach einem Bauernopfer weiter erschwert und mögliche internationale Investoren werden abgeschreckt, wenn schwammige Verträge vor Gericht diskutiert werden müssen.

Der Verband Schiffbau- und Meerestechnik (VSM) hat in seinem Jahresbericht 2021 die Politik der Regierungen mit drastischen Worten kritisiert: „Deutschland ist trotz europäischer Vergaberegeln nach wie vor das einzige europäische Land mit einer nennenswerten eigenen Schiffbauindustrie, das regelmäßig den Bau neuer Behördenschiffe ins Ausland vergibt (...) Deutsche Schiffsbesteller, für die eine Auftragsplatzierung in Deutschland grundsätzlich in Frage käme, werden (...) geradezu auf ausländische Bauwerften gedrängt. Die derzeitigen Regularien fördern so die Abwanderung industrieller Wertschöpfung.“

Die Probleme der deutschen Werft- und Schiffbauindustrie sind also zum Teil von der Politik selbst verursacht. Es wird Zeit, dass die Politik hier den eingeschlagenen Holzweg verlässt.

Es ist offensichtlich, dass alle Landesregierungen der vergangenen 30 Jahre eine Verbreiterung der technisch-industriellen Basis des Schiffbaus nie ernsthaft in Angriff genommen haben.

Dabei gibt es drängende, nur technisch zu lösende Probleme, die leider neue Normalität sind.

Die nach dem Zweiten Weltkrieg in der Ostsee versenkte Munition, insbesondere die chemischen Kampfstoffe, stellen eine tickende Zeitbombe dar. Seit über drei Jahrzehnten ist bekannt, dass die Munitionsaltlasten dringend vom Grund der Ostsee geborgen werden müssen.

Die Zeit drängt, da aufgrund fortschreitender Korrosion (Zersetzung) Räumungsmöglichkeiten zunehmend gefährdet sind. Das Land muss alle Möglichkeiten prüfen, um dieser eminent wichtigen Zukunftsaufgabe angemessen begegnen zu können. Hierzu gehört auch die Nutzbarmachung von Werften für neue Kapazitäten der Munitionsbergung.

Zur Bewahrung des Ökosystems in der Ostsee, zum Schutz der Gesundheit und zur Sicherung des wichtigsten Wirtschaftszweiges, dem Tourismus an der Küste Mecklenburg-Vorpommerns, ist mit der Bergung dieser Altlasten jetzt schnellstens zu beginnen.

Ebenso ist die Säuberung der Ozeane und Randmeere (Ostsee, Nordsee, Mittelmeer) von der Verschmutzung mit Plastikmüll eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts und die Zeit drängt. Es gibt keinen Planeten B, deswegen brauchen wir einen Plan B.

Zur Bewältigung dieser Aufgaben ist unverzüglich ein Expertengremium einzuberufen, um mögliche Zukunftsperspektiven für die MV Werften und ihre Zulieferindustrie zu entwickeln. Dabei ist insbesondere zu prüfen, ob die MV Werften mit dem Bau von Kampfmittelbergungsplattformen und/oder eines Plastikmüllbeseitigungsschiffes oder ähnlichen Zukunftstechnologien beauftragt werden können.

Nur ein Teil der für den Genting-Konzern von der Bundesregierung und der Landesregierung bereitgestellten Mittel würden bereits ausreichen, um den Bau solcher Schiffe und ihrer Betriebskosten für viele Jahre zu finanzieren.